

## Niederschrift

### Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

---

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 16.08.2017  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:35 Uhr  
**Ort, Raum:** Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

---

#### Anwesende Mitglieder

##### Vorsitz

Herr Roland Böhm - Marburger Linke

##### reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD

Frau Alexandra Klusmann - SPD

Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD

Herr Ulrich Severin - SPD

Herr Winfried Kissel - CDU

Herr Stephan Muth - CDU

Frau Karin Schaffner - CDU

Vertretung für: Frau Runhild Piper

Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen

Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen

Vertretung für: Frau Madelaine Stahl

Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke

Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL

Frau Gabriele Mensing - BfM

##### beratende Mitglieder

Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

#### Entschuldigte Mitglieder

##### reguläre Mitglieder

Frau Runhild Piper - CDU

- entschuldigt -

Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen

- entschuldigt -

## **Magistrat**

Oberbürgermeister Herr Dr. Thomas Spies  
Bürgermeister Herr Dr. Franz Kahle

## **Verwaltung**

Frau Lambrecht, Frau Meier, Herr Schmidt (FBL 4), Herr Schmidt (FDL 57), Frau Siebler

## **Behindertenbeirat**

Frau Mayer

## **Presse**

Herr Wisker (OP)

## **Ausländerbeirat**

Frau Mansouri

## **Gäste**

Herr Kling-Böhm, Herr Urban, Herr Horstmann, Herr Schindler

## **Protokoll:**

---

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

---

Der Vorsitzende Herr Böhm eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Vorsitzende Herr Böhm weist darauf hin, dass bei TOP 4 der heutigen Einladung eine falsche Anlage (Vormundschaften für Kinder) beigefügt war. Vor diesem Hintergrund wurde die richtige Anlage (Trennungskinder in Marburg) als Tischvorlage verteilt.

Herr Severin von der Fraktion der SPD schlägt vor, die Große Anfrage der SPD-Fraktion und die Antwort des Magistrats betr. Trennungskinder in Marburg zunächst im November 2017 im Jugendhilfeausschuss beraten zu lassen und anschließend in der Sitzung im Dezember 2017 nochmals hier im Sozialausschuss zur Beratung auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über den Vorschlag, die Große Anfrage zunächst im Jugendhilfeausschuss beraten zu lassen, abstimmen.

### **Die Große Anfrage wird einstimmig zunächst an den Jugendhilfeausschuss zur Beratung verwiesen.**

Frau Dr. Perabo von der Fraktion B 90/Die Grünen fragt nach, ob nicht mit dem heutigen TOP 3 ebenfalls so verfahren werden sollte. Für den Magistrat nimmt Bürgermeister Herr Dr. Kahle Stellung und plädiert für eine Beratung in der heutigen Sitzung.

Frau Kula von der Fraktion Marburger Linke fragt nach, warum der dringliche Antrag der Marburger Linke vom 10.08.2017, betr. - keine "Heilung" von Homosexuellen in Marburg - "Christus-Treff" muss sich distanzieren - nicht auf die heutige Tagesordnung aufgenommen worden ist. Bürgermeister Herr Dr. Kahle erläutert die rechtliche Auslegung dazu und weist darauf hin, dass es nach der HGO keine Dringlichkeitsanträge gibt. Anträge, die als dringlich betrachtet werden, können vom Ausschuss nach Feststellung der Dringlichkeit mit einer 2/3 Mehrheit zusätzlich auf die Tagesordnung genommen werden. Herr Kissel von der Fraktion der CDU kann die Dringlichkeit nicht erkennen und bittet Frau Kula darum, die Dringlichkeit des Antrags

nochmals zu begründen. Frau Kula von der antragstellenden Fraktion Marburger Linke begründet die Dringlichkeit des Antrags u. a. mit dem Verweis auf die intensive öffentliche Auseinandersetzung in der Stadtgesellschaft in den letzten beiden Monaten. Diese erwarte jetzt auch Stellungnahmen der Politik. Frau Schaffner (CDU) erhebt formal Gegenrede.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die Zulassung des Antrags für die heutige Sitzung des Sozialausschusses abstimmen.

**Die Aufnahme des Antrages wird von den Ausschussmitgliedern mit 4 Stimmen für und 9 Stimmen gegen die Aufnahme für die heutige Sitzung abgelehnt.**

---

## **zu 2            Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.06.2017**

---

Der Vorsitzende Herr Böhm weist einleitend darauf hin, dass der in TOP 4.7 formulierte Arbeitsauftrag, für heute Vertreter(innen) von Einrichtungsträgern und Betroffene als Experten in eigener Sache einzuladen, sich nicht habe realisieren lassen. Er habe noch im Juni bei diversen Einrichtungen angefragt, bis zur Frist für die Tagesordnung aber keine Rückmeldung erhalten. Allerdings habe er kurz vor der Sitzung von Herrn Urban (fib) erfahren, dass inzwischen die Hessische Landesregierung dazu ein Ausführungsgesetz erlassen hat, das bis Ende 2019 die bisherige Regelung (LWV bleibt als überörtlicher Kostenträger zuständig für die Eingliederungshilfe) festgeschrieben wird. Insofern besteht momentan kein dringender Handlungsbedarf. Herr Urban ergänzt, dass das Thema wichtig sei, weil die Änderungen im Bundesteilhabegesetz, die am 01.01.2020 in Kraft treten, massive Auswirkungen finanzieller und personeller Art auf die Kommunen haben werden und man jetzt - im Vorfeld - Einfluss auf die Entscheidungen nehmen müsse. Herr Böhm sichert zu, das Thema weiter auf der Agenda zu halten.

Frau Dr. Perabo von der Fraktion B 90/Die Grünen weist darauf hin, dass bei TOP 4.1 in der Niederschrift nicht zum Ausdruck kommt, dass der Magistrat sich gegen die Einrichtung von ehrenamtlichen Vormundschaften ausgesprochen habe. Bürgermeister Herr Dr. Kahle äußert sich direkt dazu und erklärt, dass es Bedenken gibt, auch aus dem Jugendhilfeausschuss heraus.

Mit diesem Hinweis wird das Protokoll der vorhergehenden Sitzung in der vorgelegten Form genehmigt.

---

## **zu 3            Große Anfrage der SPD-Fraktion betr. Soziale Lage und Zukunft von Unbegleiteten minderjährigen Ausländern Vorlage: VO/5286/2016**

---

Die Große Anfrage und die Antwort des Magistrats dazu werden von Herrn Severin von der Fraktion der SPD erläutert. Daraus entwickeln sich im Ausschuss weitere Fragen zu den einzelnen Punkten, die ausführlich im Ausschuss diskutiert werden. Für den Magistrat erläutern Bürgermeister Herr Dr. Kahle und Herr Schmidt (FDL 57) die rechtliche Situation und beantworten ausführlich die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Vorsitzende Herr Böhm bedankt sich für die ausführliche Erörterung und weist darauf hin, dass zu diesem TOP keine Abstimmung erfolgt.

---

**zu 4      Große Anfrage der SPD-Fraktion betr. Trennungskinder in Marburg  
Vorlage: VO/3868/2015**

---

Die Mitglieder des Sozialausschusses haben sich bei der Eröffnung der heutigen Sitzung einstimmig darauf verständigt, die Große Anfrage der SPD-Fraktion, zusammen mit der Antwort des Magistrats, zunächst an den Jugendhilfeausschuss zur Beratung zu verweisen.

---

**zu 5      Anträge der Fraktionen**

---

---

**zu 5.1     Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Einigung zur Trennungsrechnung und Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin  
Vorlage: VO/5664/2017**

---

Zu Wort meldet sich zunächst Frau Böttcher von der Fraktion der SPD und weist darauf hin, dass die vorliegende Situation nur ein "Grobraster" darstellt und letztlich noch nicht bindend ist. Bisher handelt es sich laut Geschäftsleitung des UKGM um eine Absichtserklärung. Der Vertrag ist noch nicht unterzeichnet. Sie schlägt vor, den Fraktionsantrag von B 90/Die Grünen zurückzustellen, bis die vertraglichen Voraussetzungen auch tatsächlich vorliegen. Dieser Vorschlag wird von Frau Schaffner von der Fraktion der CDU und Frau Kula von der Fraktion Marburger Linke unterstützt. Frau Dr. Perabo von der antragstellenden Fraktion B 90/Die Grünen möchte die Abstimmung des Fraktionsantrages mit einer Änderung, die sie dem Ausschuss vorträgt. Es folgt eine ausführliche Diskussion im Ausschuss.

Der Vorsitzende Herr Böhm stellt im Anschluss der Diskussion Frau Dr. Perabo von der antragstellenden Fraktion B 90/Die Grünen die Frage, ob sie der Zurückstellung des Antrages zustimmt. Dies erfolgt nicht. Herr Severin von der Fraktion der SPD stellt daraufhin den Geschäftsordnungsantrag, den Fraktionsantrag von B 90/Die Grünen zurückzustellen.

**Sodann lässt der Vorsitzende Herr Böhm über die Zurückstellung des Fraktionsantrages abstimmen. Der Fraktionsantrag wird einstimmig zurückgestellt.**

---

**zu 5.2     Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gebührenfreiheit in Kitas  
Vorlage: VO/5743/2017**

---

Der Vorsitzende Herr Böhm trägt zunächst einen Änderungsantrag der Fraktion B 90/Die Grünen zum Fraktionsantrag der Marburger Linke vor. Ergänzend erfolgen Erläuterungen von Frau Kula zum Fraktionsantrag Marburger Linke.

(Der Änderungsantrag wird in Fettdruck hervorgehoben)

**Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf,**

**1. bei der Hessischen Landesregierung auf eine Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes hinzuwirken mit dem Ziel, bis 2020 durch das Land die vollständige Finanzierung der Betreuung von Kindern im Alter von 0,5 bis 12 Jahren zu realisieren, die der in Marburg erreichten Qualität genügt und dem jeweiligen quantitativen Bedarf entspricht. In der Zwischenzeit sollen bereits die Landespauschalen so erhöht wer-**

den, dass die Elternbeiträge abgeschafft werden können und den Kommunen der Einnahmeausfall ersetzt wird. Die Finanzierung der kostenfreien Kinderbetreuung durch das Land darf nicht zu einer Kürzung der kommunalen Anteile im Finanzausgleich führen.

**2. als 1. Schritt dazu die Gebührenerhöhung des letzten Jahres zurückzunehmen, um deutlich zu machen, wie wichtig der Stadt eine kostenfreie Kinderbetreuung ist.**

Es folgt eine ausführliche Diskussion im Ausschuss. Herr Kissel von der Fraktion der CDU beantragt die getrennte Abstimmung des ursprünglichen Antrages der Fraktion Marburger Linke.

Die Fraktion Marburger Linke übernimmt daraufhin die zuvor genannten Änderungen in ihren Fraktionsantrag.

Die Fraktion B 90/Die Grünen tritt dem so geänderten Antrag bei.

Die Fraktion Marburger Linke beantragt die **A u s s p r a c h e** zu Punkt 2 des so geänderten Fraktionsantrages.

Der Vorsitzende lässt sodann getrennt über den geänderten Antrag der Fraktion Marburger Linke abstimmen.

**Punkt 1 des geänderten Fraktionsantrages Marburger Linke wird einstimmig zur Annahme empfohlen.**

**Punkt 2 des geänderten Fraktionsantrages der Fraktion Marburger Linke wird mit den Stimmen der Fraktionen von B 90/Die Grünen und Marburger Linke und gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BfM und FDP nicht zur Annahme empfohlen.**

---

**zu 5.3     Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Finanzierung der Dolmetscherkosten des Frauenhauses Marburg und Akquirierung sonstiger Landes- und Fördermittel**  
**Vorlage: VO/5744/2017**

---

Von der Fraktion Marburger Linke erläutert Frau Kula ausführlich den Fraktionsantrag. Herr Severin von der Fraktion der SPD weist auf Vorschriften des SGB XII hin, wonach die Dolmetscherkosten gezahlt werden könnten. Von Seiten der Verwaltung erläutert Herr Schmidt (FBL 4) die rechtliche Situation aus Sicht der Verwaltung. Danach ist eine Finanzierung über das SGB XII nicht möglich. Oberbürgermeister Herr Dr. Spies sichert dem Gremium zu, dass die Verwaltung die Ermessensspielräume überprüft, ob für die genannten Fälle Leistungen auf der Rechtsgrundlage des SGB XII erbracht werden können. Für 2017 sagt er die im Antrag genannten 3.000 Euro zu, es müsse noch geprüft werden, aus welchen Haushaltsmitteln eine weitere Unterstützung für das Frauenhaus zur Abhilfe der finanziellen Belastung (Dolmetscherkosten) kommen könne. Oberbürgermeister Herr Dr. Spies schlägt zudem vor, dass unter Punkt 2 des Beschlussvorschlages der zweite Halbsatz gestrichen wird. Nach kurzer Beratung erklärt sich die Fraktion Marburger Linke mit der Änderung einverstanden.

Der so geänderte Fraktionsantrag lautet: (Änderung in Fettdruck hervorgehoben)

**Beschlussvorschlag:**

**1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf - gemeinsam mit dem Kreisausschuss - ein unbürokratisches Verfahren zu entwickeln, wie die Dolmetscherkosten des Frauenhauses vollumfänglich übernommen werden können.**

**2. Der Magistrat stellt dem Frauenhaus dafür - aus dem laufenden Haushalt - zusätzlich 3.000 Euro an Mitteln zur Verfügung.**

**3. Der Magistrat prüft, in welchem Umfang es eventuell sonstige Landes- und Bundesmittelförderprojekte gibt, die dem Frauenhaus finanziell und inhaltlich weiterhelfen können.**

**4. Der Magistrat wird aufgefordert, bereits in der Stadt vorhandene Hilfen und Kooperationspartner für das Frauenhaus zu finden, die in der Arbeit mit schwerst traumatisierten Flüchtlingen bereits Erfahrung haben.**

Der Vorsitzende Herr Böhm stellt den so geänderten Fraktionsantrag der Marburger Linke zur Abstimmung.

Frau Dr. Perabo von der Fraktion B 90/Die Grünen beantragt, Punkt 3 und Punkt 4 getrennt abstimmen zu lassen.

**Die Punkte 1 und 2 des Fraktionsantrages Marburger Linke werden einstimmig zur Annahme empfohlen.**

**Die Punkte 3 und 4 des Fraktionsantrages Marburger Linke werden mit zwei Enthaltungen der Fraktion B 90/Die Grünen zur Annahme empfohlen.**

---

**zu 6            Kennntnisnahmen**

---

---

**zu 6.1        Umsetzungsprozess des ersten Marburger Aktionsplanes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen - Gesamtübersicht Mitte 2017  
Vorlage: VO/5252/2016-1**

---

Von der Verwaltung erläutert Frau Meier ausführlich den aktuellen Sachstand. Fragen aus dem Gremium werden diskutiert und von Frau Meier beantwortet.

Der Vorsitzende Herr Böhm bedankt sich für die ausführliche Erörterung und weist darauf hin, dass zu diesem TOP keine Abstimmung erfolgt.

---

**zu 6.2        Änderung Richtlinien Stadtpass zum 01.07.2017  
Vorlage: VO/5677/2017**

---

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies erläutert die Beschlussvorlage an den Magistrat und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es bei § 3 der Stadtpassrichtlinien unter dem Spiegelstrich "der Volkshochschule (VHS) Marburg" möglicherweise nach Überprüfung noch eine Änderung für Personen geben könnte, die einen Integrationskurs nach der Integrationskursverordnung (IntV) besuchen und nach den Stadtpassrichtlinien derzeit nicht zuschussfähig sind.

Frau Klusmann von der Fraktion der SPD weist darauf hin, dass es bei § 3 der Stadtpassrichtlinien unter dem Spiegelstrich "des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) und der Evangelische Familien-Bildungsstätte (fbs) Marburg" eine Änderung bei den Kursangeboten gegeben

hätte. Danach werden die Kurse nicht mehr von der fbs, sondern vom Mütterzentrum angeboten. Herr Schmidt (FBL 4) sichert zu, die Stadtpassrichtlinien entsprechend zu ändern.

Der Vorsitzende Herr Böhm bedankt sich für die ausführliche Erörterung und weist darauf hin, dass zu diesem TOP keine Abstimmung erfolgt.

---

**zu 7      Verschiedenes**

---

Themen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Marburg, 24.08.2017

Roland Böhm  
Vorsitzender

Wolfgang Engler  
Protokoll